

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Wochenblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnement: Bei der Post und den Agenten bezogen frei ins Haus monatlich 100 Mark. Einzelhefte: Die Heftes des Monats kosten 8 Mark, die Resthefte 10 Mark. Abbestellung: Bis zum 1. Oktober d. J. bei den Postämtern. Bei Abbestellung nach dem 1. Oktober d. J. bei den Agenten.

Nr. 248.

Altensteig, Samstag den 21. Oktober.

Jahrgang 1922

Sonntagsgedanken.

Reichtum.

Der Reichtum gleicht dem Seewasser. Je mehr man davon trinkt, umso durstiger wird man.

Schopenhauer.

Nicht wer wenig hat, sondern wer viel wünscht, ist arm.

Senec.

Ueberfluß hat erst Wert, wenn wir ihn zum Wohl anderer benutzen.

Dilly.

Zur Lage.

Wohl noch zu keiner Zeit in der Geschichte des deutschen Volkes hat ein Regierungswechsel im Ausland solches Aufsehen erregt, wie der Sturz des englischen Premierministers Lloyd George, der sich in diesen Tagen vollzog. Man wußte zwar schon lange, daß die Stellung Lloyd Georges durch die Mißerfolge seiner Politik seit dem Friedensschluß erschüttert war, daß die bürgerliche Rechte und die bürgerliche Linke ihm Opposition machten, aber man hoffte durch Neuwahlen über die innerenglische Krise hinwegzukommen, um dann erst die Neubildung des Kabinetts vorzunehmen. Durch den Beschluß der Konservativen mit 186 gegen 87 Stimmen, bei den Wahlen als unabhängige konservative Partei vorzutreten, ist das englische Koalitionskabinet Lloyd George-Chamberlain-Birkenhead gefallen, die Koalition zwischen Konservativen und Liberalen zertrümmert. Die Folge war der Rücktritt des englischen Gesamtkabinetts. Neben den großen Fragen der Weltpolitik, sind es die irische Politik Lloyd Georges, die indischen Unruhen, die ihm zur Last gelegt werden, sowie Fragen der inneren Gesetzgebung, wobei man Lloyd George den Vorwurf macht, daß er die Rückbildung der konservativen Partei zur Führung einer liberalen Politik mißbraucht. Der Sturz erfolgte also — die Mißerfolge in der Orientpolitik gaben nur den letzten Anstoß — durch den ersten konservativen Führer Bonar Law, der nun den Auftrag erhielt, das Kabinet neu zu bilden. Soweit die Vorgänge selbst.

Lloyd George hat man in Deutschland keine Tränen nachzuweinen. Im Dezember 1916 übernahm er das Amt des englischen Premierministers; vorher war er schon 11 Jahre Minister gewesen seit dem Jahre 1905. Er war Deutschland gegenüber ein Mann der Worte, die er nie gehalten hat. So hat er uns mehr geschadet als genützt, denn er verstand es immer, den englischen Vorteil auf Kosten Deutschlands zu wahren. In der englischen Politik der letzten Jahre frankte die ganze Weltpolitik; denn die Gegensätze zwischen Frankreich und England wurden stets auf Konto der Lasten Deutschlands verlegt. In England hofft man nach dem Sturz Lloyd Georges auf eine bessere Verständigung mit Frankreich, glaubt der Widerstande und Aufwühlbewegung in Indien, Mesopotamien, Ägypten und des Bürgerkriegs in Irland besser Herr zu werden. Die Konservativen Englands wollen ein konservativ gefärbtes Ministerium. Wie der neue Bonar Law die englische und die europäische Politik gestalten will, muß abgewartet werden. Auch die Wahlen können Überraschungen bringen, zumal Lloyd George den Plan hat, eine Partei der Mitte, ein Zentrum aus Koalitionstreuen Konservativen und Koalitionstreuen Liberalen, vielleicht auch unter Anschluß der Altliberalen unter Führung von Asquith zusammenzubringen. Dazu kommen als Gegner die Arbeiterpartei und die Konservativen. Auch die Wahlen sind abzuwarten. Bonar Law ist 64 Jahre alt, war schon Staatssekretär für die Kolonien und Bevollmächtigter auf der Friedenskonferenz in Paris.

Wichtigster und tiefenführender sind die Folgen dieses Kabinettswechsels für Deutschland in der Reparationsfrage. Man befürchtet in Deutschland, daß die englischen Konservativen dem französischen Standpunkt im Entschädigungsplan mehr Rechnung tragen, daß also durch den Sturz Lloyd Georges eine Festigung der Poincaré'schen Gewaltpolitik gegenüber Deutschland, die bekanntlich auf Sanktionen und Kontrollen abzielt, Platz greife. Ein Vertrauensvotum für Poincaré in der französischen Kammer liegt in der Linie dieser Mutmaßung. Lloyd Georges Sturz wird in Paris als Poincaré's Sieg gewertet. Es muß vorerst dahingestellt bleiben, ob diese ungünstige Entwicklung der englischen Politik zutrifft. Schon in den nächsten Tagen muß sich ja zeigen, ob die Reparationskommission, die den

englischen und französischen Entschädigungsplan berät, in diesem Sinne entscheidet. Der englische Vorschlag des Vertreters Bradbury sah vor, daß der deutsche Reichshaushaltplan nahezu völlig von äusseren Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag bis zur Dauer von 4 Jahren zu entlasten, der Markkurs zu stabilisieren und die Reparationskommission von Paris nach Berlin zu verlegen ist. Die Gläubigermächte sollten die deutschen Schatzscheine in der jedem Land zustehenden Höhe garantieren. Der französische Gegenvorschlag von Barthou-Poincaré betrifft ausschließlich die Reform und Kontrolle der deutschen Finanzen, soll aber von „Pfändern“ und „Sanktionen“ nichts enthalten, was indes immerhin noch der amtlichen Bestätigung bedarf. Dazu soll noch ein dritter Vorschlag Belgiens gekommen sein, der Deutschland ebenfalls von Entschädigungszahlungen befreien will bis zur Festigung der Mark und dem Ausgleich des Haushalts innerhalb einer kurzen Frist.

Das Ergebnis der Beratungen der Reparationskommission in Paris bleibt abzuwarten. Fest steht nur, daß wohl der englische Vorschlag, der für uns günstigste, keine Aussicht auf Annahme hat. In der ganzen Behandlung der Reparationsfrage wird durch die englische Kabinetts- und Parlamentskrise eine für Deutschland unliebsame Verzögerung eintreten, denn das englische Kabinet wird frühestens im Dezember verhandlungsfähig sein. Die Brüsseler Konferenz, auf der die Reparationsfrage im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden behandelt werden soll, muß wohl hinausgeschoben werden. So ist tatsächlich Gefahr, daß Frankreich aus den innerpolitischen Schwierigkeiten Englands den Nutzen zieht, seine Gewaltpolitik gegen Deutschland ungehemmt entfalten zu können.

Auch die Orientfriedenskonferenz kann durch die innerpolitischen Ereignisse in England eine hinauschiebung erfahren. Sie sollte nach den neueren Vereinbarungen anfangs November in Lugano stattfinden, nachdem zuvor in Paris eine technische Vorkonferenz abgehalten werden soll. Im übrigen verläuft die letzte Phase des Orientkonflikts programmäßig nach den Beschlüssen von Rudania. Die Griechen räumen Osttrazien, wobei sie sich allerlei Räubereien und Ausschreitungen zuschulden kommen lassen, die Alliierten und die Angora-Polizeitruppen rücken nach. Die Türkei hat damit wieder in Europa Fuß gefaßt. Wer hätte das zu hoffen gewagt nach dem Ausgang des Weltkriegs und nach dem Frieden von Sevres, der den türkischen Staat geradezu vernichtete! Ein Beispiel dafür, daß nur nationale Taten und ganze Männer ein Volk zu retten vermögen!

Auch sonst kreist es draußen unter den Nachbarvölkern. In Italien wird man am 7. November darüber entscheiden, ob das Kabinet der Facta weiterbestehen soll. Die Faschisten üben einen ungeheuren Druck auf Umbildung der Regierung aus und bereiten Schwierigkeiten ohne Ende. Die Vorgänge im geraubten Südtirol, wo sie mehr oder weniger doch Sieger blieben und nun die Verwischung des deutsch bevölkerten Landes betreiben, sind nur Einzelbeispiele. In Oesterreich wendet sich die Sozialdemokratie gegen den Bundeskanzler Dr. Seipel als den Urheber der in dem Genfer Abkommen vereinbarten Diktaturmaßnahmen. Scharf wenden sich die Sozialisten auch gegen die Großdeutschen, denen sie den Vorwurf machen, daß sie in Genf freiwillig das Anschließungsverbot an Deutschland hingenommen hätten. Die Entwicklung in Oesterreich ist noch im Fluß, und der Billionen-Kredit des Pfälzerbunds war nur das Pfloster auf die Wunde der wirtschaftlichen, finanziellen und auch politischen Verflavung. Sowjetrußland hat seine innere Krise ohne Ende durch die Geldentwertung. Neuerdings hat nun, was England äbel vermerkte, Frankreich seine Fühler ausgestreckt, um wirtschaftliche Verbindungen anzuknüpfen. Die Reise des französischen Abgeordneten Herriot nach Moskau soll den Erfolg gehabt haben, daß die Russen ihre Milliarden-Schulden aus der Vorkriegszeit an Frankreich anerkennen wollen, wenn ihnen Kredit und wirtschaftliche Unterstützung zugesprochen wird. Die Sowjetente sind also in der Weltpolitik kluge Genossen und die beiderseitige Orientfreundschaft zu Aemal hat demnach bereits die Anfänge einer Annäherung geerntet. Noch deutlicher tritt darin freilich die Gerissenheit der französischen Politik eines Poincarés zu Tage. Poincaré hat überall die Fägel in der Hand. Der Aufmarsch eines französischen Kontinentalreiches nach napoleonischem Sinn bahnt sich in der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Europa an. So spiegelt sich die Politik der Gegenwart im Bild der Geschichte wieder.

Und nun zum armen Vaterland zurück! Der politische Kampf um die Reichspräsidentenwahl ist durch Verlängerung der Amtsdauer des jetzigen Reichspräsidenten Ebert bis 30. Juni 1925 glücklich vermieden — oder nicht. Denn schon melbet sich die Opposition von rechts und links und betont, daß die notwendige Verfassungsänderung, die von Stresemann bis Ebert innerhalb der Parteien vereinbart ist, einen Verfassungsbruch bedeute, weil die Reichsverfassung bestimme: Der Reichspräsident wird durch das deutsche Volk gewählt. Also nicht der Reichstag sei wahlberechtigt. Die Sozialdemokratie hätte ihren ersten Sieg über die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte errungen. Die Deutschnationalen haben deshalb im Reichstag den Antrag auf Volkswahl am 3. Dezember eingebracht. Die Entscheidung im Reichstag wird in Kürze fallen und auf alle Fälle noch lange in der Parteipolitik einen Nachhall finden. Auch die Entscheidung über den Preis für das erste Drittel der Getreidemenge. Daß man nicht ohne eine Erhöhung auskommt, scheinen auch die Sozialisten nunmehr einzusehen. Ein Dollarstand von 3200 spricht ohne Weiteres dafür. Die Landwirte aber machen nicht zu Unrecht geltend, daß selbst der erhöhte Umlagepreis nicht an die Erzeugungskosten heranreicht, daß sie dem deutschen Volk ein Geschenk von 200 Milliarden machen müssen, an dessen Lasten auch andere Stände mittragen sollen. Der Kampf ums „tägliche Brot“ wird angesichts der bevorstehenden ungeheuren Verteuerung aufs Schärfste entbrennen. Es ist der Existenzkampf, den jeder Einzelne und jedes Gemeinwesen zu führen gezwungen ist als letzte Folge des Vernichtungsfriedens von Versailles. Deutschland als dummer Mensch kann dies nicht belächelt werden.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages forderte der Regierungsvorsteher neue 240 Milliarden Geldmittel an, da die bereits bewilligten Milliarden nicht mehr ausreichen. Welche Flut von Geldzeichen, von Teuerung und Not liegt darin! Wann will es ein Ende nehmen? Wird unsere Wirtschaft weiterbestehen können? Das sind Fragen, die jeden Deutschen Tag und Nacht umtreiben. Dazu kommt, daß die Gefahren politischer Ausschreitungen infolge der wirtschaftlichen Notlage, deutlicher in Erscheinung treten. Die Straßenkämpfe in Berlin am letzten Sonntag, waren sie nicht ein kommunistisches Alarmsignal, ein Zeichen für einen großen kommunistischen Aufbruch? Wie ein dunkles Tor, das in den Abgrund führt, stehen die nächsten Monate im Bild auf Wirtschaft, Finanzen und Politik in Deutschland vor uns. Wo sind die deutschen Männer und Politiker, die die Türe zum Glend und Untergang schließen, die dem Volk eine Rettung zeigen, neues Hoffen geben, den Rammstein bannen und Umkehr und geistige Erneuerung, die allein den Grund für einen Aufstieg bilden, bewirken können?

Zur Lage der deutschen Schifffahrt.

In dem im Verlag der Seedienskt. G. Hamburg erscheinenden Schifffahrt-Jahrbuch 1923 kommt u. a. Dr. H. Heineken, Präsident des Norddeutschen Lloyd, über die Lage der deutschen Seeschifffahrt zu folgendem Urteil:

Trotz der trotz aller Schicksalsschläge ungebeugten Entschlossenheit der deutschen Reederei ist der Wiederaufbau der Handelsflotte weiter und rascher fortgeschritten, als man nach der unzureichenden Reichsentenschädigung der Reederei erwarten durfte. Nach den neuesten Lloydziffern ist die deutsche Handelsflotte wieder auf 1 783 000 Brutto-Registertonnen angewachsen. Mit dazu beigetragen hat einmal die Tatsache, daß die deutschen Schiffe trotz der allgemeinen schlechten Lage der Frachtenmärkte im Verkehr mit Deutschland genügend Ladung finden konnten. Andererseits ergab sich als Ursache der Deutschland aufgezogenen Verelendung infolge der größeren inneren Kaufkraft der Mark immer noch ein nennenswerter Ueberfluß zwischen Betriebskosten und Einnahmen, der zum Wiederaufbau verwendet werden konnte. Das sollte aber weder den Feinden Deutschlands Anlaß zu neuem Reid und neuer Mißgunst geben, noch die deutschen Schifffahrtskreise zu übertriebenen Hoffnungen verleiten. Die Inanspruchnahme der deutschen Schiffe und ihre gute Beschäftigung ist ein Zeichen dafür, daß die deutsche Seeschifffahrt nicht ohne weiteres durch die fremde Schifffahrt ersetzt werden kann. Was darin zum Ausdruck kommt, ist das Vertrauen nicht nur deutscher Verladekreise zur deut-



gang des äußeren und inneren Marktwertes, die allerdings zurzeit plöglich wieder ein gutes Stück hinausgehoben zu sein scheint, und der zunehmenden Auswirkung der allgemeinen wirtschaftlichen Folgen des Versailler Diktats neue schwere Zeiten für die deutsche Schiffahrt kommen können. Ich weise nur auf die Entwicklung der Kohlenpreise hin. Wenn es bisher überhaupt möglich war, deutsche Kohlen zu bekommen, so konnten diese bereits teurer sein als englische Kohlen, die seit Anfang des Jahres in stark steigendem Maße eingeführt werden müssen. Während im Ausland die Betriebskosten ständig verringert werden, steigen sie in Deutschland in bedrohlichem Maße. Die steuerliche Belastung, in der das Wirtschaftswesen Deutschlands zum Teil zum Ausdruck kommt, wird ein weiteres tun, um die Stellung der deutschen Reederei gegenüber dem ausländischen Wettbewerb zu verschlechtern. Auch die unheilvollen Schwankungen des Weltwertes schädigen die Schiffahrt mittelbar und unmittelbar.

Der Verkehr in den deutschen Welthäfen, in Bremen und Hamburg, der für die Beurteilung der Zukunftsaussichten der deutschen Schiffahrt sehr wertvoll ist, obwohl zurzeit der Hauptteil dieses Verkehrs von fremden Schiffen besorgt wird, läßt gerade in den letzten Monaten einen hoffnungsvollen Aufschwung erkennen. Sowohl in den bremischen Häfen als auch im Hamburger Hafen überschritt der Schiffsverkehr im Mai und Juni d. J. die Vorkriegsziffern. Es kamen an im Mai in Bremen und Bremerhaven insgesamt 444.970 Netto-Registertonnen (1913 nur 414.229 Tonnen), in Hamburg 1.243.815 Netto-Registertonnen gegenüber 1.139.526 im Jahre 1913. Das zeigt, daß die deutschen Welthäfen aus dem Weltverkehr nicht auszuschalten sind, und daß sie geeignet sind, der wiederaufblühenden deutschen Seeschiffahrt als Grundlage und Stützpunkte zu dienen. Daß sich die Hafenstädte dieser bedeutungsvollen Aufgabe bewußt sind, geht aus den großzügigen Erweiterungsplänen beider Seehäfen hervor, deren Durchführung ihren Ruf als musterhaft ausgestattete Häfen auch in Zukunft sichern soll.

Eine der Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Seeschiffahrt in Zukunft noch rechnen muß, ist jährl. durch den Seemachinenstreik bedingt worden. Der Schaden, der durch diesen Streik unserer Volkswirtschaft u. a. durch Ausfall der Frachten und Passagiergehälter, durch Erschütterung des deutschen Ansehens im Ausland, durch Verschlechterung unserer Zahlungsbilanz und damit unseres Weltwertes zugefügt worden ist, kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Dabei glauben die Reeder, in unbefangener Würdigung der nun schon jahrelang dauernden Vorlage der Seelente, bis an die Grenze der Zahlungsmittel gegangen zu sein, die sich mit den Schwierigkeiten des Wiederaufbaues vereinbaren ließen, soweit es sich bei diesem Streik um Gehaltsfragen handelt und nicht um die Erzwingung des restlosen Achtstundentags in der Seeschiffahrt. Hier wie auch in anderen Wirtschaftszweigen dreht sich die Frage eben um das Maß der notwendigen Beschränkungen, das die einzelnen Mitglieder unserer Wirtschaft in der furchtbaren Lage Deutschlands auf sich nehmen müssen und wollen.

Im übrigen muß zusammenfassend gesagt werden, daß die unheilvolle Lage der internationalen Seeschiffahrt in absehbarer Zeit nicht hoffnungsvoller werden wird, weil nicht nur die nächsten, sondern auch alle entfernteren Vorbedingungen dafür fehlen. Wenn Schiffsraumüberfluß und Frachtenmangel als unmittelbare Ursachen festgestellt worden sind, so muß auch an dieser Stelle die durch das Versailler Diktat verewigte Zerrüttung der Weltwirtschaft als der tiefere Grund alles Übels bezeichnet werden. Die Schiffahrt auf dem völkerverbindenden Meer soll ihrem Wesen nach dem internationalen Verkehr dienen. Dieser Verkehr aber stellt in seiner fortgeschrittenen Ausbildung den Blutkreislauf eines großen Organismus, nämlich der Weltwirtschaft, dar, der soeben muß, sobald ein Glied des Kreislaufsystems ausgeschaltet oder zerstört wird. Was anderes als Ausschaltung oder Zerstörung eines solchen Gliedes bedeutet die militärische und wirtschaftliche Knechtung Deutschlands? Das Versailler Diktat arbeitet mit Methoden, die anwendbar gewesen sein mögen, als die einzelnen Länder mehr oder weniger selbständig bestehen konnten. Es erweist u. a. Goldmilliarden in einer Menge, die nur im Weltwirtschaftlichen Güteraustausch beschafft werden kann. Grundlegende Abänderung des Versailler Diktats nicht nur seiner wirtschaftlichen Bestimmungen, sondern auch seines auf Deutschlands Knechtung gerichteten Geistes ist daher eine unerläßliche Voraussetzung für jede dauernde Besserung der Weltwirtschaft. Auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken, sollte die Aufgabe der großen Reeder aller Länder sein, denn von diesen Männern dürfte man richtige Erkenntnis der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erwarten.

Unmittelbar können die Reeder zu einer Besserung des Schiffahrtsgeschäfts beitragen durch weitere Herabsetzung der Betriebskosten der Schiffahrt und durch Abbruch alter oder unwirtschaftlicher Schiffe. Der Abbruch alter und unwirtschaftlicher Schiffe ist bisher an den hohen Kosten gescheitert. Trotzdem erscheint ein Abbruch solcher Schiffe, insbesondere nach weiterer Verringerung der Lohnkosten nicht nur volks- und weltwirtschaftlich nützlich, weil auch der allgemeinen Wirtschaft mit der Beschäftigung unrentabler Schiffe nicht gedient ist, sondern auch privatwirtschaftlich rentabel. Der vor dem Kriege gedachte Vorschlag, eine solche Beschränkung des Schiffsraums durch internationale Abmachung herbeizuführen, erscheint mir heute noch weniger durchführbar als damals. Man sollte hier der Auswirkung des freien Wettbewerbs und der Einsicht der einzelnen Reeder freie Hand lassen.

Was im übrigen internationale Abmachungen, Passagier- und Frachtenkonferenzen zur gemeinsamen Regelung der Interessengebiete, Raten und dergl. anbelangt, so haben sie vor dem Kriege ihren Nutzen bewiesen. Auch nach

dem Kriege sind bisher zahlreiche Konferenzen wieder zustande gekommen, die Frachtenkonferenz im Atlantikpool allerdings noch nicht. Auch diese internationalen Vereinbarungen sind unerläßlich für eine Gesundung des Schiffahrtsgeschäfts und zugleich ein Weg, um die Gemeinsamkeit der internationalen Schiffahrtinteressen zu fordern nach Deutschlands Bedeutung und Bedürfnisse zur Geltung zu bringen.

Neues vom Tage.

Schutzmaßnahmen für den Reichskanzler.

Berlin, 20. Okt. Im Reichstage ermächtigte Reichstagspräsident Lobe die Abgeordneten, sich in ihren Ausführungen möglichst zu mahigen und die Leidenschaft nicht zu entfachen. Er wies darauf hin, daß ihm amtlich mitgeteilt worden sei, daß die Schutzmaßregeln für das Leben des Reichskanzlers im Reichstage erhöht werden mußten, weil er von neuen Anschlägen bedroht ist. Diese Mitteilung rief im Hause lebhaftest Bewegung hervor.

Amerikanische Botschafterkonferenz in Berlin.

Berlin, 20. Okt. Die vom Botschafter Houghton einberufene amerikanische Diplomatenkonferenz hat Freitag vormittag begonnen. Der Chef des Staatsdepartements für westeuropäische Angelegenheiten in Washington, Castle, wohnte der Konferenz bei.

Parlamentärsauflösung und Neuwahlen in England.

London, 20. Okt. Nach der Bildung des Kabinetts wird König Georg das Dekret unterzeichnen, das die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen anordnet. Die offizielle Auflösung der Parlamente wird schon für die nächsten Tage erwartet.

Die Erhöhung der Fahrpreise.

Berlin, 20. Okt. Von der Eisenbahnverwaltung wird bekannt gegeben: Die am 1. November in Kraft tretenden Fahrpreise des allgemeinen Verkehrs werden mit Wirkung vom 1. Dezember ab um 100 Prozent, also auf das Vierfache der vom Oktober geltenden Tariffätze (das Sechsfache der bis zum 30. September geltenden Preise) erhöht. Die Erhöhung soll in der Weise durchgeführt werden, daß sämtliche Fahrpreise zum vierfachen Satze ihres aufgedruckten Preises verkauft werden. Eine Ueberkempelung der Fahrkarten erfolgt nicht. Die Erhöhung um 100 Prozent erstreckt sich auch auf Schnellzugzuschläge, Militärfahrpreise und die verschiedenen Gebührensätze mit Ausnahme der Sätze für Gepäck und Erzeugnisse. Die Gebührafraße wird bis zum 1. Dezember auf 10 Mk. für 10 Kg. und 1 Km. erhöht. Die Mindestfracht wird auf 20 Mk. festgesetzt. Der Erzeugnistariff entspricht dem um 60 Prozent erhöhten Eilguttariff.

Vertrauensvotum für Poincaré.

Paris, 20. Okt. Die Kammer nahm am Donnerstagabend mit 389 gegen 168 Stimmen ein Vertrauensvotum für Poincaré an und vertagte den Beginn der Diskussion des Budgets auf kommenden Dienstag, während die Opposition darauf bestand, daß zunächst die Diskussion über die verschiedenen Interpellationen fortgesetzt werde.

Die Regierungskrisis in England.

Paris, 20. Okt. Es beschäftigt sich, daß in der für Lloyd George verhängnisvollen konservativen Sitzung Bonar Law den Ausschlag gab. Als seine Worte über die Notwendigkeit, die jetzige Koalition zu kündigen, hörbar wurden, begann man ihm stürmisch zuzujubeln. Bonar Law sagte, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, hier aufzutreten, sonst wäre er gezwungen, sich vom politischen Leben ganz zurückzuziehen. Vor sechs Jahren, fuhr er fort, sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Regierung Asquith verschwinden müsse weil sie nicht das Land hinter sich habe. Heute habe er die Ueberzeugung, daß die jetzige Regierung nicht mehr das Vertrauen der Wählerschaft genieße und daß sie aus diesem Grunde abzutreten habe. Bonar Law setzte sich mit überzeugender Beredsamkeit für die Erhaltung der Einigkeit in der konservativen Partei ein, die allen anderen Richtungen vorgehen müsse, weil sie das wesentliche sei. Die Einigkeit könne aber nicht anders erhalten werden, als wenn die Partei, frei von jeder Verbindung mit den Liberalen vor die Wählerschaft hintrete. Allerdings, so schloß er, werde er glücklich sein, die Unterstützung der liberalen Elemente, deren Bestrebungen im Grunde mit denen der Konservativen identisch seien, wieder zu finden und er schloß keineswegs die Möglichkeit einer neuen Verbindung mit ihnen nach den Wahlen aus. Bonar Law erklärte, daß er für das Ende der jetzigen Regierung stimmen werde. Von den anderen Ansprüchen, die noch gehalten wurden, war mit größter Erwartung derjenige Lord Balfours entgegengesprochen worden. Sie war eine reine Verteidigungsrede Lloyd Georges und wurde durch Zwischenrufe unterbrochen. Ueber die jetzt zu erwartenden weiteren Schritte wird mitgeteilt, daß Bonar Law, um seine Absicht, eine Kabinettsbildung verwirklichen zu können, zunächst von der konservativen Partei zu ihrem Vorsitzenden gewählt werden wird. Sollte Bonar Law wider Erwarten auf ärztliche Verlangen doch noch von seiner Mission zurücktreten, dann erwartet man, daß Lord Derby, der lange Zeit britischer Botschafter in Paris war, an seine Stelle treten wird. Die vorläufige Weiterführung der Geschäfte behält Lloyd George.

Bedingungen Bonar Laws.

London, 20. Okt. Bonar Law wird erst eine Regierung bilden, nachdem er von einer Versammlung der konservativen Mitglieder des Parlaments zum Führer der konservativen Partei ernannt worden ist. Diese Versammlung wird von den Parteiführern unverzüglich einberufen und wahrscheinlich am Sonntag oder Montag stattfinden. In unionistischen Kreisen wird es als sicher angenommen, daß Bonar Law Premierminister wird und die Regierung in wenigen Tagen

gebildet. Der genaue Zeitpunkt der Auflösung des Parlaments ist weniger sicher, da dies bis zu einem gewissen Grade von der Zeit abhängt, die zur Ratifizierung des irischen Vertrags notwendig wäre. „Daily Mail“ zufolge wird jedoch erwartet, daß Bonar Law beschließen werde, die Regierung eine zeitlang zu führen, bevor er zu Neuwahlen übergehe, die vielleicht erst im Januar oder Februar stattfinden werden. Die Konservativen besitzen eine klare Mehrheit im Unterhaus.

Die Finanzkontrolle.

Paris, 20. Okt. Wie der „Matin“ schreibt, ist der englisch-französische Plan, der der Reparationskommission unterbreitet wird, in Wirklichkeit nichts anderes, als der verschärfte Plan Mauceres. Er verlange verstärkte Kontrollmaßnahmen über die deutschen Finanzen, namentlich über die Reichsbank und Eröffnung von Spezialkonten für den deutschen Export, kurzum alle Maßnahmen, über die sich die französischen und englischen Sachverständigen während der Londoner Konferenz im Monat August verständigt hätten und die bis jetzt nicht zur Anwendung gekommen seien.

Deutscher Reichstag.

Die Amtsdauer des Reichspräsidenten.

Berlin, 20. Okt.

Am Regierungstisch: Innenminister Dr. Brüder. Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Mumm (D.natl.) weist darauf hin, daß vielfach ganze Viehtransporte ins Ausland verschoben werden. — Ein Regierungsvertreter erwidert, daß bei der Beobachtung vielfach Transporte nach den besetzten Gebieten als Auslandstransporte angesehen werden. Auf eine weitere Anfrage des Abg. Mumm (D.natl.) wird mitgeteilt, daß zum Schutz der Jugend gegen die Schmutzliteratur, unsonstige Schaustellungen Gesehenswürdigkeiten vorbereitet werden.

Auf eine Anfrage Kumer (Soz.) wird eine Vorlage zur Bekämpfung des Alkoholismus angekündigt.

Der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Demobilisationsverordnung bis zum 31. Dezember 1921 wird in 2. und 3. Lesung angenommen, nachdem die Abg. Wöhrmann (D.natl.) und Wisland (Dem.) verlangt hatten, daß diese Verordnungen doch endlich in Gesetze umgewandelt werden müßten.

Dann wird der Antrag der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei, in den Art. 180 der deutschen Reichsverfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident bis zum 30. Juni 1925 sein Amt führen soll, behandelt.

Abg. Marx (Cent.) begründet den Antrag der Mehrheitsparteien. Lediglich um parteipolitische Kämpfe in dieser wichtigen Frage zu vermeiden, haben sich die Parteien auf dieses Kompromiß geeinigt. Es gibt kaum einen ernsthaften Gegenkandidaten, denn der letzte Reichspräsident hat sich durch seine kluge und selbstvolle Führung die Sympathie weitester Kreise der Bevölkerung erworben. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Er hat oft das richtige Wort gefunden und war stets bemüht, nach innen und außen die Stärke und Geschlossenheit des Volkes zu heben. Dafür gebührt dem Reichspräsidenten Ehre, dem der Redner den herzlichsten Dank des deutschen Volkes ausdrückt. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Herat (D.natl.) lehnt den Kompromißantrag ab und verlangt Wahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember. Bislang waren alle Parteien mit diesem Zeitpunkt einverstanden. Warum nun dieser plötzliche Umfall auf der ganzen Linie? Die Sozialdemokratie wolle sich natürlich den Präsidentenposten zusichern, solange der Einigungsstift mit den Unabhängigen noch hält. Dann tauchte die unpolitische Kandidatur Hindenburgs auf und da Kappte alles zusammen und man beeilte sich, die Wahl zu verschleppen. (Großer Lärm links. Der Reichskanzler erscheint im Saale.) Wie einflußreich der Reichspräsident sein kann, haben wir bemerkt, als er die Bildung einer Einheitsfront verhinderte. Die Arbeitsgemeinschaft der Mitte hätte erkennen müssen, daß die Sozialdemokratie sich gar nicht so sicher fühlte, daß ihr Siegesjubel nur Pöse war. (Lärm links.) Sie hat nun das Heft in der Hand und hat es verstanden, an den zahllosen Ministerposten sich nun auch noch den Reichspräsidentenposten zu sichern. (Lärm links.) Das Volk sucht nach einem Retter aus der Not. (Lärm links und Rufe: Helferrich!) Der gegenwärtige Präsident hat doch nur eine Zeit des Mißerfolgs hinter sich. Wir brauchen einen Präsidenten, der das Vertrauen des ganzen Volkes hat, und der eine nicht sozialistische Politik treibt. (Beif. rechts. Lärm links.) Von Festigkeit haben wir in unserer Politik nichts gemerkt. Fest sind wir im Nachgeben gewesen. Wir wollen aber eine feste Politik haben. Der englischen Reorientierung muß eine Umorientierung in Deutschland folgen. Wir hatten immer den Eindruck, daß Herr Ebert stets nur für seine Partei geforgt hat. Der neue Reichspräsident muß ein Schrittmacher der großen Einigung des ganzen Volkes sein. Wir brauchen einen christlichen Reichspräsidenten. (Lebhafte Beifall rechts. Lärm links.) Wir sind die Vertreter der wahren Demokratie. (Schallende Heiterkeit links.) Jetzt muß die Entscheidung kommen, auch in der inneren Politik: Reichseinheit oder Reichsverfall. Wir haben das Vertrauen zum jetzigen Reichspräsidenten, daß er zu seinem Worte steht: Ich will, daß die Wahlen durch das Volk stattfinden. Ein Drittel des Reichstags kann den Volksbescheid verlangen. Redner begründet dann seinen Antrag.

Die Ausführungen weiterer Redner und des Reichskanzlers Dr. Wirth tragen wir nach.

Der Antrag auf Verlängerung der Amtsdauer Eberts wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten und der beiden Mitglieder der Fraktion Ledebour in 1. und 2. Lesung angenommen. Die 3. Lesung findet am Dienstag statt.

Unsere Zeitung bestellen!

Aus Stadt und Land.

Altensteig, 21. Oktober 1922.

Die neuen Beamtenegehälter. Nach einem dem Reichstag zugegangenen Entwurf einer Neuregelung der Beamtenegehälter betragen die Grundgehälter monatlich in Gruppe I 8700 Mk. steigend um 100 bis 300 bis 11500 Mk. monatlich, II 9600 Mk. bis 300 bis 12700 Mk., III 10600 bis 14000 Mk., IV 11700—15500 Mk., V 12800 bis 17000 Mk., VI 14100—18700 Mk., VII 158000 bis 21000 Mk., VIII 17600—23400 Mk., IX 19500 bis 26900 Mk., X 22000—30700 Mk., XI 25000 bis 35800 Mk., XII 29500—43000 Mk., XIII 373000 bis 56000 Mk. Die Ortszuschläge werden in der Klasse A auf 2400 Mk. in der ersten Gehaltsgruppe festgesetzt; sie steigern sich für jede weitere Gehaltsgruppe um je 600 Mk. bis zu 6000 Mk. In der Ortsklasse B betragen die Zuschläge in der niedrigsten Gehaltsgruppe 1800 Mk. und steigern sich um je 500 bis zu 4500 Mk. In der Ortsklasse C betragen die Zuschläge 1500—3800 Mk., in der Ortsklasse D 1200—3000 Mk. und in der Ortsklasse E 900—3200 Mk.

Das Ende der Hundesfahrkarte. Nachdem neuerdings für Hundarten der halbe Fahrpreis III. Kl. erhoben wird, werden im Interesse der Kostenersparnis und zur Entlastung der Fahrkartenschalter und der Schalterdruckmaschinen nicht mehr besondere Hundesfahrkarten, sondern halbe Fahrkarten III. Kl. für diesen Zweck ausgegeben. Von einer besonderen Kennzeichnung der für Hunde verwendeten halben Fahrkarten III. Kl. wird abgesehen.

Stuttgart, 20. Okt. (Von der Reichswehr.) Der Chef von Reichswehr, bisher Artillerieführer der V. Division in Stuttgart, ist zum Inspektor des Erziehungs- und Bildungswesens ernannt worden.

Ein Rotschrei der Landwirtschaft. Infolge des schlechten Wetters haben sich die Herbstgeschäfte auf dem Lande derart verzögert, daß die Versorgung herrscht, die Ernte- und Saatgeschäfte könnten nicht mehr bewältigt werden. Insbesondere in Gegenden mit rauherem Klima sind die Kartoffeln und Rüben, sowie das Obst noch in großen Mengen nicht eingekauft. Die Landwirtschaftskammer wendet sich daher mit der dringenden Bitte an alle Bevölkerungskreise, insbesondere auch an die Studenten und an die kräftigere Schuljugend, umgekehrt sich auf 8—14 Tage den Landwirten zur Verfügung stellen zu wollen. Alle Arbeitswilligen werden gebeten, direkt zu Verwandten oder Bekannten zu gehen. Wenn auch die Schulheißämter bereit, Auskunft über Arbeitsgelegenheit zu geben. Die Hilfe muß aber sofort kommen, wenn sie noch wirksam sein soll.

Mühlacker, 20. Okt. (Brand.) Der Dachstuhl des Hintergebäudes der Metzgerei und Wirtschaft zur „Eintracht“ von Julius Hof brannte ab. Der untere Teil des Gebäudes wurde durch rasches Eingreifen der Dampfpompe gerettet. Verbrannt sind größere Heu- und Strohpellete.

Tübingen, 20. Okt. (Lagerbrand.) Infolge Unachtsamkeit eines Angestellten geriet der mittlere Teil des Lagers der Kohlenhandlung Wilhelm Schmidt am Westbahnhof, der mit Holzkohle angefüllt ist, in Brand. Die Weckerlinie konnte den Brand infolge des mühsamen Herbeischaffens von Wasser nicht sofort auf seinen Herd beschränken.

Tailfingen, 20. Okt. (Der erste Schnee.) In der Nacht zum Donnerstag ist der erste Schnee gefallen. Die im besten Gange gewesene Kartoffelernte und die Räumung der Felder ist jäh unterbrochen worden. Es regnet nach und nach Regen mit Schnee vermischt macht jede Arbeit auf dem Felde unmöglich.

Beisen, 20. Okt. (Brand.) Im Wohnhaus der Martha Gauger brach Feuer aus. Der Feuerwehre gelang es, die in der Nähe stehende Scheuer sowie die Nachbargebäude zu retten. Der im oberen Stock zur Miete wohnende Albert Schweiler konnte mit seiner Frau und Kind mit knapper Not das nackte Leben retten. Einige Weizen und Hühner sollen verbrannt sein.

Wartes Allerlei.

Schleifung der Festung Mainz. Die alte Umwallung der Festung Mainz ist jetzt vollständig geschleift. Das Altmaterial, besonders Steine usw., sind von der Reichsvermögensverwaltung verwertet worden. Die früher zur Kasernierung der Truppen bestimmten Kasernenbauten werden, nach Beseitigung der Erd- und Betondecken, mit Genehmigung der Besatzungsbehörde zu Wohnungen für die Zivilbevölkerung umgebaut.

Der Geldschah in der Stiefelsohle. In Berlin kaufte in einem Schuhladen in der Invalidenstrasse ein Ausländer ein Paar Stiefel, zog diese gleich an und ließ sie alten zurück. Nach einiger Zeit kam er wieder und ließ sich die alten Stiefel noch einmal zeigen. Es fand sich nämlich zwischen den Sohlen verborgen ein Geldschah von 175 000 Mk.

Blutstau eines Schwachmünnigen. In Frommen (Wg.) hat der schwachmünnige Hauptlehrersohn Anton Scheer seine Schwester mit einer Art niedergeschlagen. Der zu Hilfe eilende Vater unterlag im Handgemenge und wurde von dem Wütenden ebenfalls durch einen Artstich getötet.

Deutsche in der Fremdenlegion. In den letzten Tagen sind zwei junge Deutsche wegen Krankheit aus der Fremdenlegion entlassen worden und über Mannheim in ihre Heimat in Sachsen und Westfalen gereist. Sie erzählten, daß in der französischen Fremdenlegion sich etwa 80 000 Deutsche befänden. (Diese Zahl scheint etwas übertrieben.) Der Zutritt zur Fremdenlegion sei durch die Arbeit der Werbepost im besetzten so hart, daß die Legion Ueberfluß an Leuten hat und es bei Entlassungen wegen Krankheit und beim Loskaufen unter Zurücklassung von 500 Franken nicht mehr so streng hergeht. Ueber die schlechte Behandlung haben auch die beiden Heimkehrer berichtet.

Wirtschaftliche Wochenübersicht.

Der Devisenmarkt steht, was Umsatztätigkeit betrifft, im Zeichen völliger Stagnation. Man kann ja den Inlandverkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln bis zu einem gewissen Grade stilllegen, man muß sich aber bewußt sein, daß solche Maßnahmen ungefähr die gleiche Wirkung haben können, wie wenn man die Ventile einer Dampfmaschine verstopft. Jemandem wird die Bewegung sich Bahn brechen. Die Auslandsbörsen arbeiteten in den letzten Tagen mit einer Geringschätzung der deutschen Mark, die den Dollar auf 3300 steigen ließ. Von Berlin läßt sich eben unter den jetzigen Verhältnissen auf die Gestaltung des Marktes kaum noch einwirken.

An den Effektenbörsen war die Tendenz die ganze Woche fest. Eine kaum erlebte Panne hat eingeleitet.

Die Stimmung an den Produktbörsen ist fest. Die Umsatztätigkeit gering, da die Angebote nur vereinzelt sind. Haber ist ganz aus dem Verkehr verschwunden. Die letzten Berliner Notizen lauten: Weizen 7500, Roggen 6600, Sommergerste 7000, Haber 7600, Mais 7300, Weizenmehl kostete 9500, Roggenmehl 8750, Kleien 3600 alles pro 50 Kg.

Am Holzmarkt steigen die Preise weiter. Ab Mannheim kosten Ausschubretter 35 000 Mk. der Rdm. Die Kaufkraft hat bei diesen Preisen allerdings nachgelassen.

Der Metallmarkt ist im Zusammenhang mit der Neuordnung des Devisengeschäfts still geworden. Silber notierte zuletzt 64 000, Hüttenzinn 24 400, Raffinadekupfer 850, Zink 410, Blei 340 Mk. das Kilo. Die Eisenpreise sind erneut gestiegen.

Am Warenmarkt passen sich die Preise der fortschreitenden Entwertung der Mark rascher an, als die Einkommen steigen. Baumwollgarne stiegen an der letzten Stuttgarter Garndörse um 700 Mk. pro Kg., die Gewebe um 100 Mk. das Meter. Rohbaumwolle notierte zuletzt 1662.80 Mk. pro Kg. ab Bremen.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Freitag in Frankfurt 3671.30 G., 3678.70 Br., in Berlin 3551.10 G. und 3588.90 Br.

100 Schweizer Fr. = 65 634.30 G., 65 765.70 Br.
100 Ital. Lire = 15 334.60 G., 15 365.40 Br.
100 spanische Pesetas = 55 544.40 G., 55 655.60 Br.
100 holl. Gulden = 139 860 G., 140 140 Br.
100 dänische Kronen = 72 673.80 G., 72 772.70 Br.
100 österreichische Kronen = 5.04 G., 5.16 Br.
100 tschech. Kronen = 12 037.90 G., 12 062.10 Br.
1 Pf. Sterling = 16 008.90 G., 16 041.10 Br.

Goldpfd. für die Zeit vom 25. bis einschließlich 31. Oktober beträgt das Goldkollaufgeld 53 900 v. D.

Stuttgarter Börse, 20. Okt. Die Festigkeit hielt auch zum Wochenschluß an, wenn auch die Kurse sich nicht mehr in dem Maße steigerten wie in den letzten Tagen. In einigen schweren Werten waren Rückgänge zu verzeichnen, so Feinmechanik 3800 (— 200). Die heutige Senktion bildete das Steigen von Otto Krumm auf 800, junge 680. Im offiziellen Verkehr waren Bananaktien weiterhin fest. Bananaktien + 20 (320), Vereinstbank + 50 (420). Für Spinnereien bestand großes Interesse. Erlangen 1800, Unterhausen 2200, Rammgarn Bietigheim mangels Material gestiegen. Kolb und Schüle 2575, Pfersee unverändert, Kotteln 2150. Auch Brauereien waren sehr begehrt. Restenmeher + 80 (650), Württ. Hohenollern + 50 (600), Wulle — 5. Der Maschinen- und Metallmarkt war vorwiegend fest. Daimler + 30 (820), Pohner + 50 (2450), Jungbans + 25 (900) Elinger Maschinen + 150 (1900), Redarfalmer + 70 (1490), junge 1350 bis 1380, niedriger dagegen Desser 1199, junge 1040, Weingarten — 99 (1700). Von den übrigen Werten büßten Anilin 4 Punkte ein, Zement Heidelberg + 10 (1950), Deutsche Verlag + 125 (1200 bez. G. rat.), Röll-Rothweil + 150 (2150), Salzwerk Heilsbrunn + 200 (2850), Selt. Wadenheim + 250 (1600). Im Freiverkehr: Böblinger Werft 158, 160, Ebinger Trifort 325—230, junge 215—210, nachtr. 200, Fichtelgold 410—20, Geislinger Maschinen 340—280, junge 240 bis 230, Germania Linoleum 3100—3400, Heilsbrunner Jucker 2000—2050, Wöflinger Zement 290—47, Rauffener Zement 1050—1000, Stielgeraute 320—55, nachträgt. 357, Ufa 716—40.

Willingen, 20. Okt. (Holzverkauf.) Bei der Submission von circa 150 Festmeter Langholz aus dem Willinger Stadtwald wurden für 1. Kl. 1540 Prozent der Grundtage (2100 Mk.), das sind 32 340 Mk. pro Festmeter, erzielt. Das ganze Quantum kommt nach Appenweier. Bei solchen Einkaufspreisen können die Sägewerke ihre Schnittwaren nicht unter 45 000 Mk. für den Kubikmeter abgeben. Das gibt teure Möbel!

Elwangen, 19. Okt. Der Schafmarkt war gut besetzt, bei 2000 Stück waren zugetrieben. Bei Anwesenheit vieler Schafhalter und Händler entwickelte sich schon in aller Frühe ein lebhaftes Geschäft, so daß der ganze Betrieb verkauft wurde. Bezahlt wurden für Hammel 20 000—25 000 Mk., Brackschafe 7000 bis 11 000 Mk., Mutterchafe 12 000 Mk.

Herbstnachrichten.

Untertürkheimer Weinpreise. Die Herbstversammlung des Weingärtnervereins beschloß einstimmig, den Mindestpreis für den Eimer Wein von 28 000 Mk. an aufwärts — je nach der Lage — festzusetzen.

Münster a. N., 20. Okt. Lese annähernd beendet, Quantum schlägt vor, Qualität gut, vieles verfault ohne festen Preis, noch einige Reste frei.

Beutelsbach, Ob. Schorndorf. Reifese beendet. Preis 22—24 000 Mk. für den Eimer. Noch kleinere Mengen veräußert.

Grumbach, Ob. Schorndorf. Verschiedene Käufe zu 18 000 Mk. noch ziemlich Vorrat.

Strümpfelbach, Ob. Waiblingen. Bei der Weinderegierung der Weingärtnergenossenschaft wurden an Preisen erzielt: Für Schillerwein 5000—6000 Mk. pro Hl., für Weißwein 5500—6800 Mk. pro Hl.

Großgartach. Lese beendet. Einige Käufe zu 12 000, 13 000, 13 500 und 15 000 Mk. pro Eimer. Größere und kleinere Reste guten Weins noch zu haben und sofort zu fassen.

Herbstschneefucht.

Ich sah den Wald sich färben,
Die Luft war grau und stumm;
Mir war betäubt zum Sterben,
Und wußt' es kaum, warum.

Durchs Feld vom Herbstgestäude
Hertrieb das dürre Laub;
Da dacht' ich: deine Freude
Ward so des Kindes Raub.

Dein Lenz, der blütenvolle,
Dein reicher Sommer schwand;
An die gefrorne Scholle
Bist du nun festgebannt.

Da plötzlich floß ein klares
Getöse in Lüften hoch;
Ein Wandervogel war es,
Der nach dem Süden zog.

Ich wie der Schlag der Schwingen,
Das Lied ins Ohr mir kam,
Führt' ich's wie Trost mein bringen
Zum Herzen wunderbar.

Es mahnt aus heller Kehle
Mich ja der flücht'ge Gast:
Berg'iß, o Menschenjesele
Nicht, daß du Flügel hast!

Emanuel Geibel.

Letzte Nachrichten.

Attentatspläne gegen den Reichskanzler.

W.B. Berlin, 21. Okt. In Ergänzung der Mitteilungen in der gestrigen Reichstagsitzung über Attentatspläne gegen den Reichskanzler teilt eine sozialistische Korrespondenz mit: Durch Zufall ist die Polizeibehörde auf die Spur mehrerer Attentatsanschläge gegen den Reichskanzler gekommen. Eine jugendliche Person war von Kreisen, die den Urheber des Anschlags auf Rathenau nahesteht, zu hohem Geld gezwungen worden, den Reichskanzler zu ermorden. Gewissensbisse haben den jungen Menschen veranlaßt, von der Ausführung des Planes Abstand zu nehmen und über die Vorbereitungen der Polizei Mitteilung zu machen. Er wurde darauf in Haft genommen und machte Aufschlüsse, die die Polizei auf neue Fährten lenkten.

Nach einer Mitteilung des „Berl. Tageblatts“ ist die Verhaftung im Rheinland erfolgt. Der Verhaftete soll nach Berlin übergeführt werden. Eine zweite von der Polizei verfolgte Spur soll nach Berlin weisen. Die dem Blatt zufolge verläutet, besteht die Absicht, künftig jeden Besucher des Reichstags beim Betreten des Gebäudes auf Waffen zu untersuchen.

Der Getreideumlagepreis.

W.B. Berlin, 21. Okt. Der volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstags hat zu dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide u. a. einen Antrag Blums (3.) angenommen, wonach der Preis für das erste Drittel des Umlagegetreides nach einem um 25 Prozent ermäßigten Durchschnitt des Inlandspreises des Getreides in den Monaten September und Oktober berechnet werden soll. Für die Umlage werden nach dem Ablauf des Termins für das erste Drittel (31. Okt.) anstelle zweier Lieferkisten vier Lieferkisten, nämlich: 31. Dez. 1922, 31. Jan. 1923, 28. Febr. 1923 und 15. April 1923 festgesetzt. Ferner nahm der Ausschuß einen Zentrumsantrag an, wonach dem § 1 des Gesetzes vom 14. Juli 1922 folgender Absatz zugefügt werden soll: Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Umlagemenge entsprechend herabzusetzen, wenn nach dem Ergebnis der Feststellungen der Zentralkommission eine Aufbringung der Umlagemenge von 2 1/2 Millionen Tonnen nicht möglich erscheint.

Das Urteil im Fehdenbachprozeß.

W.B. München, 21. Okt. Das Urteil im Landesvertragsprozeß gegen Fehdenbach, Gargas und Lembke wurde gestern Abend um 9 Uhr vom Vorsitzenden des Volksgerichtshofes München II verkündet. Fehdenbach wurde zu 11 Jahren Zuchthaus, Gargas zu 12 Jahren und Lembke zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Jedem Verurteilten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren aberkannt.

Die voraussichtliche Zusammensetzung der neuen englischen Regierung.

W.B. London, 21. Okt. Die Blätter veröffentlichen auseinandergehende Mitteilungen über die voraussichtliche Zusammensetzung des neuen Kabinetts. Die einzig sicheren Namen scheinen die Lord Curzon als Staatssekretär des Außen und Baldwin als Schatzkanzler zu sein. Die Blätter verzeichnen auch die Tatsache, daß sowohl Curzon wie auch Lord Deseby ihre Bereitschaft ausgedrückt haben, in eine Regierung Bonar Law einzutreten, als sehr bedeutungsvoll. „Wall Mall and Globe“ schreibt, die neue Regierung werde wahrscheinlich weniger Persönlichkeiten umfassen als die vorhergehende, deren Umfang ständig Anlaß zur Kritik gegeben habe.

Lord George.

W.B. London, 21. Okt. Lord George hatte gestern Nachmittag Unterredungen mit verschiedenen seiner ehemaligen Ministerkollegen in der Downingstreet. Um 4 Uhr reiste er im Sonderzug nach Leeds ab. Auf dem Bahnhof erklärte er, er sei jetzt ein freier Mann. Die Basis sei von seinen Schülern genommen, aber das Schwert sei in seinen Händen geblieben.

Witterungsvorhersage.

Bei im wesentlichen unveränderten Luftdruckverhältnissen ist auch für Sonntag und Montag mit der Fortdauer des meißt trüben, ziemlich milden Wetters ohne erhebliche Niederschläge zu rechnen.

Druck und Verlag der W. Rieder'schen Buchdruckerei Altensteig
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.



